

 WIRTSCHAFT

Milliarden als Schein-Investitionen: Ökonomen werfen der Merz-Regierung Täuschung vor

Neue Studien zeigen: Viele Milliarden der Merz-Regierung sind nur Schein-Investitionen. Experten warnen vor Deutschlands Niedergang – und fordern eine Kurswende.



Flynn Jacobs

13.11.2025

🔄 14.11.2025, 13:00 Uhr



Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) stehen wegen ihrer Haushaltspolitik zunehmend in der Kritik. Neue Studien sprechen von Schein-Investitionen und mangelnder Transparenz.

Tobias Schwarz/AFP

Die Investitions- und Haushaltspolitik der Bundesregierung gerät immer stärker unter Druck. Neue Analysen des Ifo-Instituts und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kommen zu dem Ergebnis, dass die Merz-Regierung zig Milliarden als „Investitionen“ ausweist, die in Wahrheit kaum Zukunftswirkung entfalten.

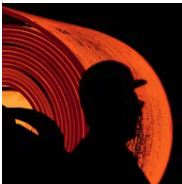
Das Ifo-Institut kritisiert, dass große Teile der angeblichen Zukunftsausgaben lediglich Zuschüsse, Kredite oder statistische Sondereffekte sind, während das IW der Regierung vorwirft, im 500-Milliarden-Sondervermögen mit buchhalterischen Tricks zu arbeiten, bereits geplante Ausgaben umzuschichten und Haushaltslöcher zu stopfen. Damit wächst der Zweifel daran, wie viel von den Rekordinvestitionen tatsächlich im Land ankommt und

wie viel nur auf dem Papier existiert. Die Berliner Zeitung hat führende Ökonomen zur Haushaltspolitik des Bundes befragt – die Antworten sind vernichtend.



Milliarden für Beamte: Jetzt warnen Ökonomen – „Staatsausgaben sind außer Kontrolle“

Politik 06.11.2025



Flucht ins Ausland? Deutsche Industrie fordert 180-Grad-Wende von Merz

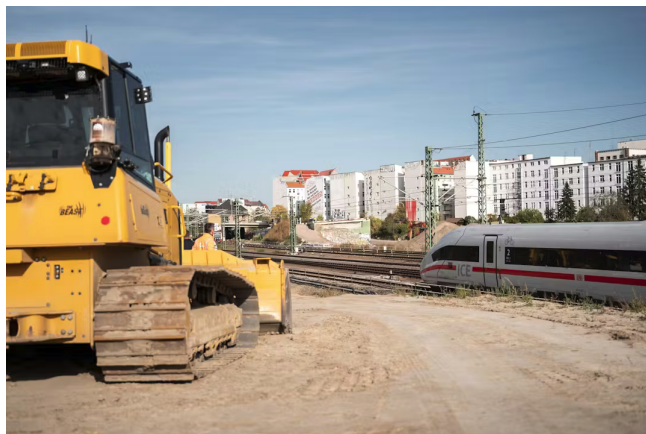
Bundesregierung 16.10.2025



Ifo und IW: Merz-Regierung bläht Investitionszahlen künstlich auf

Das Ifo-Institut legt in seiner Analyse offen, wie stark der Bund den Investitionsbegriff inzwischen überdehnt. Zwar weist der Haushalt für 2026 mehr als 56 Milliarden Euro „Investitionen“ aus, doch nur ein kleiner Teil davon fließt wirklich in Infrastruktur oder Vermögensaufbau. Der Großteil besteht aus Zuschüssen, Darlehen, internationalen Zahlungen oder rein statistischen Effekten wie Ausgaberesten.

Besonders drastisch fällt der Einbruch bei klassischen Bauinvestitionen aus: Ihr Anteil hat sich binnen weniger Jahre halbiert. Das Ifo-Institut spricht deshalb von einer „Qualitätslücke“ – Investitionen, die formal verbucht werden, aber keine reale Substanz schaffen und die Zukunftsfähigkeit des Landes nicht verbessern.



Kaputte Schienen, marode Straßen und Brücken: Deutschlands Infrastruktur muss dringend erneuert werden – doch die Investitionsgelder aus dem Sondervermögen der Bundesregierung werden offenbar zweckentfremdet.

Benjamin Pritzkeleit/Berliner Zeitung

Das IW kommt zu einem ähnlichen Befund, jedoch aus einer anderen Richtung: Es untersucht das 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und zeigt, dass fast jeder zweite Euro zweckentfremdet wird. Statt neue Projekte zu finanzieren, werden bereits geplante Maßnahmen oder Haushaltslöcher über das Sondervermögen abgerechnet.

Ausgaben wandern aus dem Kernhaushalt in den Schattenhaushalt – und die frei werdenden Mittel werden anschließend als „Investition“ verkauft. Das IW spricht deshalb von einem „Verschiebebahnhof“ und wirft der Regierung vor, mit kreativen Umbuchungen den Eindruck zu erwecken, Deutschland investiere massiv, obwohl viele dieser Ausgaben schon vorher vorgesehen waren oder keine Zukunftswirkung entfalten.

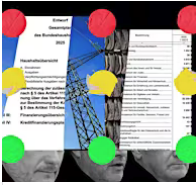
Ein Blick in den Oktober-Monatsbericht des Finanzministeriums zeigt, wie extrem das Verhältnis zwischen konsumtiven Ausgaben und realen Investitionen inzwischen ist: Während der Bund 2025 rund 446 Milliarden Euro für laufende Verpflichtungen vorsieht, entfallen auf Sachinvestitionen im engeren Sinn nur knapp zehn Milliarden Euro sowie 6,5 Milliarden Euro auf Baumaßnahmen. Die Grafik verdeutlicht damit, was Ifo und IW kritisieren: Der Staat gibt Milliarden aus, aber kaum für die Zukunft.

Grafik: BLZ. Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Wirtschaftsweise kritisieren fehlende Transparenz im Bundeshaushalt

Der Sachverständigenrat Wirtschaft unterstützt die Kritik an der Haushaltspolitik der Bundesregierung. In einer Stellungnahme zum kürzlich veröffentlichten Jahresgutachten warnt das Gremium, dass die Ausgaben aus dem 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur bislang nur in geringem Maße zusätzliche Investitionen darstellen. Weniger als die Hälfte der Mittel sei tatsächlich zusätzlich, der Rest ersetze reguläre Ausgaben oder fülle bestehende Lücken im Finanzplan.

„Aktuell wird die Investitionsquote im Kernhaushalt künstlich erhöht, weil der Investitionsbegriff zu weit gefasst ist“, kritisierte der Wirtschaftsweise Martin Werding. Der Sachverständigenrat sieht darin ein fundamentales Transparenzproblem: Während das Wachstum hinter den Erwartungen zurückbleibt, dürfte die Schuldenstandsquote bis 2035 auf über 85 Prozent ansteigen. Notwendig seien daher klare Regeln, striktere Zusätzlichkeitsvorgaben und ein unabhängiges Monitoring, um Transparenz und echte Zukunftsinvestitionen sicherzustellen.



B+ Beamten-Boom und heimliche Kosten: Das sind die Milliardengräber im Bundeshaushalt

Die Wirtschaftskrise bereitet den Deutschen große Sorgen. Seit zwei Jahren lahmt die Konjunktur – trotz Rekord-Bundeshaushalt. Wie geht das? Ein Erklärungsversuch.

Von Flynn Jacobs, Lukas Kuite

Politik 08.01.2025



Bund der Steuerzahler: „Merz spart genauso wenig wie die Ampel“

Noch deutlicher wird die Kritik beim Bund der Steuerzahler (BdSt), der von einem klaren Wortbruch der Regierung spricht. Die versprochene Zusätzlichkeit des 500-Milliarden-Sondervermögens existiere nur auf dem Papier, viele Projekte würden schlicht umgebucht. Dadurch finanziere der Bund Ausgaben, die eigentlich aus dem Kernhaushalt kommen sollten, künftig auf Pump. BdSt-Präsident Reiner Holznagel warnt vor einem „XXL-Staatsapparat, Rekordsubventionen und einem Schuldenberg in ungeahnter Höhe“. Die Merz-Regierung denke genauso wenig ans Sparen wie die Ampelkoalition.

Besonders alarmierend sei die Entwicklung der Zinslasten: „Die Zinsausgaben steigen jedes Jahr um mehr als zehn Milliarden Euro.“ Sämtliche Steuermehreinnahmen der nächsten Jahre würden daher in die Bedienung des Schuldenbergs fließen. „Für Bildungs-, Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik bleibt dann nichts übrig“, so Holznagel. Sein Appell an den Haushaltsausschuss fällt entsprechend deutlich aus: „Die Politik muss endlich den Taschenrechner herausholen und die Notbremse ziehen. Schluss mit Buchungstricks, Haushaltsakrobatik und Scheinmaßnahmen.“



Der Bund der Steuerzahler warnt, dass sämtliche Steuermehreinnahmen der nächsten Jahre in die Bedienung des rasant wachsenden Schuldenbergs in Deutschland fließen.

Alicia Windzio/dpa

Ökonom: „Deutschland hat eine der höchsten Steuerlasten – trotzdem reicht das Geld

nicht“

Ökonom Gunther Schnabl sieht in den jüngsten Haushaltsplänen ein grundlegendes Strukturproblem. „Einerseits wird das durch die Aufweichung der Schuldenbremse geschaffene Investitionsbudget für die Finanzierung von Sozialausgaben und Klimaschutz genutzt“, sagt der Direktor des Flossbach von Storch Research Institute auf Anfrage der Berliner Zeitung. Zugleich führe der starke Ausgabendruck dazu, dass Bauunternehmen ihre Preise anheben. „Die tatsächlich sanierte Infrastruktur dürfte deshalb deutlich geringer ausfallen als ursprünglich erhofft.“

Hinzu komme aus Schnabls Sicht ein erhebliches Transparenzproblem. „Deutschland hat eine der höchsten Steuer- und Abgabenlasten. Trotzdem reicht das Geld nicht.“ Ein Grund dafür sei, dass überbordende Sozialausgaben hinter dem Begriff „Investitionen“ versteckt würden. Außerdem werde verschleiert, dass zentrale Staatsaufgaben wie Infrastruktur und Verteidigung aus dem regulären Haushalt finanziert werden müssten. „Die Politik sieht oft Eurobeträge als Maßgröße für die Qualität von Staatsausgaben“, kritisiert der Wirtschaftsexperte.

Die ökonomischen Folgen der Verlagerung von investiven zu konsumtiven Ausgaben schaden der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, so der Ökonom weiter. „Während Deutschland diskutiert, wie es seine vernachlässigte Infrastruktur mit Müh und Not wiederherstellen kann, wird in den USA gerade die Finanzierung der zukünftigen KI-Infrastruktur diskutiert – mit einem geschätzten Volumen von 5.000 Milliarden Dollar.“ Zudem sei die zunehmende Verwahrlosung deutscher Stadtkerne ein deutliches Signal, dass der Staat seine Kernaufgaben vernachlässigt.



Nach Chipkrise bei VW: Deutschland droht jetzt längste Rezession der Geschichte

China 27.10.2025



80 Prozent weniger Steuern: Industriekrise lässt jetzt deutsche Kleinstadt verarmen

Europa 13.11.2025



Niedergang Deutschlands? Experte fordert radikale Kurskorrektur

Auch Volkswirt Thiess Büttner sieht die Investitionspolitik der Regierung kritisch. „Nur ein

Bruchteil der aus dem Sondervermögen bislang verplanten Mittel fließt in zusätzliche Investitionen“, sagt der Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die Wirkung staatlicher Programme verpuffe zunehmend: „Die höheren staatlichen Investitionen können den dramatischen Einbruch bei den privaten Investitionen nicht kompensieren. Deutschlands Kapitalstock ist zuletzt geschrumpft.“

Für Büttner, der auch Vorsitzender des unabhängigen Beirats des Stabilitätsrats ist, steht fest: „Um den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands aufzuhalten, ist eine grundlegende Korrektur der Wirtschaftspolitik erforderlich.“ Je früher die Politik zu dieser Einsicht komme, umso besser sei das für die Bürger dieses Landes.

Die Analyse von Instituten, Expertenrat und Ökonomen ergibt ein klares Bild: Deutschland leidet nicht an zu wenig Geld, sondern an zu wenig ehrlicher Politik. Solange Investitionen statistisch aufgebläht, Ausgaben umgeschichtet und Zukunftsprobleme vertagt werden, bleibt die Lücke zwischen Anspruch und Realität bestehen. Die nächsten Haushaltsverhandlungen werden zeigen, ob die Regierung bereit ist, diesen Kurs zu korrigieren – oder ob das Land weiter von seiner Substanz lebt.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.